

# Bezirksregierung Köln

<b>Regionalrat</b>
<b><u>Sachgebiet:</u></b>
<b><u>Niederschrift der 13. Sitzung des Regionalrates</u></b>
<b>Drucksache Nr.: RR 125/2003</b>

Köln, den 11. Juli 2003

## Vorlage für die 14. Sitzung des Regionalrates am 25. Juli 2003

**TOP 3b:** Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 13. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 23. Mai 2003

**Rechtsgrundlage:** § 16 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

**Berichterstatter:** Herr Fensterer, Dezernat 61, Tel.: 0221 / 147 – 2362

**Inhalt:**

- Niederschrift (Seiten 2 bis 22)
- Anwesenheitsliste (Seiten 23 bis 24)
- Antrag der FDP-Fraktion zu TOP 8 (Seite 25)

**Anlage:** Die Tischvorlagen der 13. Sitzung liegen als Anlagenpaket (Drucksache Nr.: RR 126/2003) bei.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Regionalrat genehmigt die Niederschrift.

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>2</b>

# Regionalrat des Regierungsbezirks Köln

# N i e d e r s c h r i f t

über das wesentliche Ergebnis  
der 13. Sitzung des Regionalrates  
des Regierungsbezirkes Köln  
am Freitag, dem 23. Mai 2003,  
im Dienstgebäude der Bezirksregierung Köln,  
Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln

Vorsitz: Herr Lorth

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitsliste

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung	RR 125/2003	3

Inhalt:	Aufruf Seite	Beschluss/Ergebnis Seite
---------	-----------------	-----------------------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung	6	
----------------------------------	---	--

### Tagesordnung:

#### Punkt:

1: Feststellung der Tagesordnung	6	6
2: Benennung eines stimmberechtigten Mitgliedes des Regionalrates zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der 13. RR-Sitzung am 23. Mai 2003	6	6
3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 12. Sitzung des Regionalrates am 4. April 2003 Drs. Nr.: RR 91/2003 (TV) Anlage 1: Tischvorlagen der 12. Sitzung Drs. Nr.: RR 64/2003 (TV) Anlage 2: Projektbeschreibungen und Beurteilungen für Bundesfernstraßenmaßnahmen Drs. Nr.: RR 100/2003 (TV)		abgesetzt
4: Anträge		
4a: Antrag der Fraktionen CDU, DIE GRÜNEN und FDP zur Erhaltung des Standortes Köln als Betriebssitz des Landesbetriebes Straßenbau NRW Drs. Nr.: RR 102/2003 (TV)	7	8
4b: Antrag der Fraktionen CDU, DIE GRÜNEN und FDP: „Keine weitere Verstaatlichung politischer Entscheidungen!“ Drs. Nr.: RR 104/2003 (TV)	8	12
5: Anfragen		
5a: Anfrage der CDU-Fraktion zur Sanierung der ehemaligen Hausmülldeponie in Bornheim-Hersel Drs. Nr.: RR 101/2003 (TV)	6	7

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung	RR 125/2003	4

6:	Berufung eines beratenden Mitgliedes in den Regionalrat Drs. Nr.: RR 77/2003	12	12
7:	Vorbereitung der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes NRW hier: Gebiete für flächenintensive Großvorhaben Drs. Nr.: RR 17/2003	12	12
8:	5. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes (GEP) Teilabschnitt Region Köln zur Neudarstellung eines Kraftwerkstandorts in Bergheim-Niederaußem (Braunkohlenkraftwerk mit optimierter Anlagentechnik - BoA) hier: Einleitung des Erarbeitungsverfahrens Drs. Nr.: RR 79/2003  Ergänzung zu TOP 8: Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung des Beschlussvorschlages zur 5. Änderung des GEP TA Köln - Kraftwerkstandort Bergheim-Niederaußem Drs. Nr.: RR 103/2003 (TV)	12	18
9:	Antrag der Gemeinde Inden zur Änderung des Gebietsentwicklungsplans (GEP) Teilabschnitt Region Aachen zur Neudarstellung eines ASB-Schophoven Drs. Nr.: RR 80/2003	18	20
10:	Gebündelte Gewinnung von Bodenschätzen - Quarzkies - Drs. Nr.: RR / KRS 78/2003	abgesetzt	
11:	Jahresförderprogramm Tourismus 2003 Drs. Nr.: RR / KRS 72/2003	20	20
12:	Jahresförderprogramm Wasserwirtschaft Drs. Nr.: RR / KRS 74/2003	20	20
13:	Jahresförderprogramm Naturschutz und Landschaftspflege Drs. Nr.: RR / KRS 73/2003	21	21
14:	Jahresförderprogramm Abfallbeseitigung/Altlasten Drs. Nr.: RR / KRS 75/2003	21	21
15:	Mitteilungen a. der Bezirksregierung	21	
	b. des Vorsitzenden	21	

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>5</b>

- c. der Verkehrskommission  
 Beschlusszusammenfassung der 11. VK-Sitzung  
 am 16.05.2003  
 Drs. Nr.: RR 98/2003 (TV) 21
- d. der Kommission für Regionalplanung und  
 Strukturfragen  
 Beschlusszusammenfassung der 10. KRS-Sitzung  
 am 09.05.2003  
 Drs. Nr.: RR 96/2003 (TV) 21
- e. Mündliche Anfragen im Rahmen der Sitzung 21

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung	RR 125/2003	6

Vorsitzender Lorth eröffnet die Sitzung um 10.42 Uhr und begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Mitglieder des Regionalrates, Frau Regierungsvizepräsidentin Schwarz und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung, Frau Kötter für das Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung, Herrn Dr. Rostock als Protokollführer sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und die Vertreter der Presse.

Der Vorsitzende stellt fest, der Regionalrat sei zu dieser Sitzung frist- und formgerecht einberufen worden, und die Beschlussfähigkeit liege vor, da mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend seien.

Für heute entschuldigt hätten sich von den stimmberechtigten Mitgliedern Herr Frielingsdorf, von den beratenden Mitgliedern Frau Fahner, Herr Althoff und Herr Dudzus.

TOP 1: Feststellung der Tagesordnung (Grundlage: aktualisierte Fassung, Stand: 20.05.2003)

Herr Götz (CDU) merkt an, in Bezug auf die Niederschrift über die vorangegangene Sitzung gebe es Änderungsbedarf. Dies führe die CDU-Fraktion zu dem Vorschlag, Punkt 3 der Tagesordnung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Ferner empfehle es sich, den Punkt 5 - einem Wunsch der Bezirksregierung entsprechend - unmittelbar im Anschluss an Punkt 2, also vor Punkt 4, zu behandeln.

Die Befassung mit Punkt 10 solle - so sei es im Ältestenrat vereinbart worden - auf die letzte Sitzung des Regionalrates in diesem Jahr verschoben werden.

Der Regionalrat fasst einstimmig den Beschluss, die Tagesordnung in der so abgewandelten Form festzustellen.

TOP 2: Benennung eines stimmberechtigten Mitgliedes des Regionalrates zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der 13. RR-Sitzung am 23. Mai 2003

Der Regionalrat fasst einstimmig den Beschluss, Herrn Finke für die FDP-Fraktion zu benennen.

TOP 5: Anfragen

5a: Anfrage der CDU-Fraktion zur Sanierung der ehemaligen Hausmülldeponie in Bornheim-Hersel  
Drs. Nr.: RR 101/2003 (TV)

Herr Salitter (CDU) führt aus, es sei zu begrüßen, dass die Bezirksregierung innerhalb kurzer Zeit eine schriftliche Antwort auf diese Anfrage gegeben habe. Der Inhalt der Antwort könne in einigen Teilen allerdings nicht überzeugen. Die Technik der Deponie-Abdichtung mit einer Tonschicht sei veraltet; Forderungen, diese Technik anzuwenden, würden bundesweit - mit Ausnahme des Regierungsbezirks Köln - nicht mehr erhoben. Überall gehe man dazu über, zur Abdichtung Asphaltsschichten aufzubringen.

Hinzu komme hier, dass durch das Deponiegelände eine - auch von Schwerlastverkehr - stark befahrene Landesstraße führe, die L 183n, die in Kürze einen direkten Autobahnanchluss erhalten werde und dadurch noch mehr Verkehr werde aufnehmen müssen. Die mit dieser Straße bisher gemachten Erfahrungen zeigten deutlich, dass bei der Deponie-Abdichtung der Verwendung von Asphalt gegenüber dem Auftragen einer Tonschicht der

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung	RR 125/2003	7

Vorzug zu geben sei, weil nur dann auftretende Risse sofort erkannt und behoben werden könnten.

Zudem existiere seit dem Sommer vergangenen Jahres eine neue Deponieverordnung des Bundes, die eindeutig besage, dass das Aufbringen einer Asphaltdeckungs zur Deponie-Abdeckung zulässig sei. Bedauerlicherweise scheine diese Verordnung noch nicht den Weg von Berlin über Düsseldorf bis zur Bezirksregierung Köln gefunden zu haben. Wäre es anders, könnte die Bezirksregierung die Einschätzung, die in ihrer schriftlichen Antwort enthalten sei, wohl kaum aufrechterhalten.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) meint demgegenüber, es könne bei vernünftiger Betrachtungsweise nicht sinnvoll erscheinen, 27 ha - und um eine solche Fläche gehe es hier - mit einer Asphaltdeckungs zu versehen, sie also nicht zu rekultivieren. Es gehe letzten Endes gar nicht um die Entscheidung zwischen einer mineralischen und einer Asphaltabdichtung, sondern - auch wenn die Stadt Bonn dies nicht klar zum Ausdruck bringe - um den Versuch, ein Gebiet von erheblicher Größe einer gewerblichen Nutzung zuzuführen. Aus diesem Grunde auf eine Rekultivierung zu verzichten wäre aber geradezu abenteuerlich.

Herr Salitter (CDU) entgegnet, von den fraglichen 27 ha seien zwei Drittel bereits seit 24 Jahren mit einer Basisabdeckung versehen, und einer Rekultivierung stehe überhaupt nichts im Wege. Ihm gehe es darum, dass bei den übrigen Flächen auf eine Tondecke alter Art, wie man sie vor 15 Jahren verwendet habe, zugunsten eines moderneren Materials verzichtet werde.

Der Regionalrat nimmt die Antwort zur Kenntnis.

TOP 4: Anträge

4a: Antrag der Fraktionen CDU, DIE GRÜNEN und FDP zur Erhaltung des Standortes Köln als Betriebssitz des Landesbetriebes Straßenbau NRW  
Drs. Nr.: RR 102/2003 (TV)

Herr Götz (CDU) führt aus, mit dieser Resolution sprächen sich die drei antragstellenden Fraktionen eindeutig für den Erhalt des Sitzes Köln des Landesbetriebes Straßenbau aus. Sie machten zugleich deutlich, dass ein Wortbruch der Landesregierung vorläge, wenn diese Forderung nicht erfüllt würde und wenn die Verwaltungssitze des Landesbetriebes in Gelsenkirchen zusammengelegt würden.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) unterstreicht dies und fügt hinzu, bedauerlicherweise sei dem Land durch das Verhalten des Landschaftsverbandes Rheinland, nämlich durch die Kündigung von Räumlichkeiten in Köln, ein Vorwand dafür geliefert worden, so vorzugehen, wie es jetzt beabsichtigt sei. Das Vorhaben des Landes sei zu kritisieren, denn es gebe in dieser Sache klare Absprachen, und wenn politisches Handeln auch nur einigermaßen verlässlich sein solle, dürften solche Absprachen nicht eine Gültigkeit von nur wenigen Jahren besitzen.

Frau Loida (SPD) schließt sich der Einschätzung, die Pläne der Landesregierung, insbesondere der mit ihnen verbundene Abbau von Arbeitsplätzen in Köln, seien nicht hinnehmbar, ausdrücklich an. Man müsse sich allerdings fragen, ob Resolutionen wie die vorliegende angesichts der Tatsache noch Sinn hätten, dass die Entscheidung bereits getroffen sei. So sei ja auch gestern im Rat der Stadt Köln eine gleichlautende Resolution von der Tagesordnung

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>8</b>

genommen worden, weil sowohl bei der CDU als auch bei der Fraktion DIE GRÜNEN Klarheit darüber bestanden habe, dass ein Protest gegen feststehende Fakten ins Leere laufe.

Vors. Lorth wendet sich gegen diese Beurteilung des Sachstandes mit den Worten, die vorliegende Resolution komme durchaus noch zur rechten Zeit. Die Landesregierung habe zwar einen Gesetzentwurf eingebracht, aber über ihn werde im Landtag derzeit noch beraten, die zweite und die dritte Lesung stünden noch bevor, und deshalb seien Änderungen in der Frage des Sitzes des Landesbetriebes Straßenbau nach wie vor möglich.

Herr Finke (FDP) meint ebenfalls, die eingebrachte Resolution komme genau zum richtigen Zeitpunkt. Der Regionalrat müsse die Wünsche, die in ihr zum Ausdruck kämen, deutlich artikulieren. Wenn die Fraktion der SPD nur bezüglich des Verfahrensablaufs gewisse Zweifel habe, inhaltlich aber mit der Resolution einverstanden sei, sei sie aufgefordert, zuzustimmen. Ein solches Abstimmungsverhalten wäre zu begrüßen, weil damit eine einheitliche Position aller im Regionalrat Köln vertretenen Kräfte dokumentiert würde, die auch im Blick auf weitere denkbare Schritte der Landesregierung von einigem Gewicht wäre.

Herr Billmann (CDU) legt dar, es sei noch nicht lange her, dass die Kompetenzverlagerung von den Landschaftsverbänden auf den Landesbetrieb Straßenbau stattgefunden habe, womit dessen Aufteilung auf die Dienstsitze Münster und Köln einhergegangen sei. Der Regionalrat Köln habe in dieser Angelegenheit nicht zu entscheiden, fühle sich aber aus guten Gründen für den Standort Köln und die dort ansässigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für deren Arbeitsplätze verantwortlich. Ein Aufgeben des Standortes Köln wäre außerdem ein deutlicher Verlust an Bürgernähe.

Die CDU-Fraktion hätte sich gewünscht, dass die vorliegende Resolution von allen Parteien gemeinsam in den Regionalrat eingebracht worden wäre. Es sei sehr schade, dass sich die Vertreter der SPD dazu nicht in der Lage gesehen hätten. Zu hoffen bleibe aber, dass sie sich nun doch zu einer Zustimmung durchringen könnten; denn der Stellenwert einer solchen Resolution wäre viel höher, wenn sie einvernehmlich beschlossen würde.

Herr Mercks (SPD) stellt klar, auch die Fraktion der SPD setze sich für die Erhaltung der 250 Arbeitsplätze in Köln ein. Sie werde der Resolution deshalb zustimmen und bedaure sehr, dass eine entsprechende Entscheidung in der betroffenen Stadt, also in Köln, von der dortigen schwarz-grünen Mehrheit verhindert worden sei.

#### Beschluss:

Der Regionalrat nimmt die Resolution einstimmig an.

- 4b: Antrag der Fraktionen CDU, DIE GRÜNEN und FDP: „Keine weitere Verstaatlichung politischer Entscheidungen!“  
Drs. Nr.: RR 104/2003 (TV)

Herr Götz (CDU) erklärt, bekanntermaßen habe die rot-grüne Landesregierung mit den Entscheidungen der beteiligten Regionalräte zum Metrorapid erhebliche Schwierigkeiten. Aus diesem Grunde wolle sie nunmehr die 6. DVO zum Landesplanungsgesetz dahin gehend ändern, dass die Regionalräte erheblich geschwächt würden. Angestrebt werde eine Kompetenzverschiebung von der politischen auf die Verwaltungsebene, also zu den Bezirksregierungen, damit von Düsseldorf aus in stärkerem Maße Einfluss auf anstehende Entscheidungen genommen werden könne.

Anlass für das Vorhaben der Landesregierung seien, wie erwähnt, die Auseinandersetzungen über den Metrorapid gewesen; die intendierte Kompetenzverlagerung erstreckte sich darüber hinaus aber auf Themen wie Kraftwerkbau, Flughäfen, Schienestrecken u. a. Auf

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>9</b>

diesen Feldern solle künftig statt eines GEP-Verfahrens ein Raumordnungsverfahren stattfinden, womit jede politische Beteiligung der Kommunen und der Regionalräte faktisch ausgeschlossen werde. Dagegen verwahrten sich die antragstellenden Fraktionen, und sie forderten alle im Landtag vertretenen Parteien auf, diese Pläne abzulehnen. Es könne nicht hingegenommen werden, dass die derzeitige Landesregierung, die die Regionalräte eingeführt habe, diese nun geradezu bekämpfe, weil ihr bestimmte Beschlüsse nicht gefielen.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) stimmt dieser Einschätzung zu und ergänzt sie mit der Bemerkung, dass die Landesregierung im Grunde versuche, ein Metrorapid-Ermächtigungsgesetz durchzusetzen, weil sie in dieser Sache mit den Regionalräten im Streit liege. Begründet sei auch die Befürchtung, dass sich die Kompetenzverschiebung, die damit verbunden wäre, auf weitere Themenfelder auswirken würde. Allerdings müsse davor gewarnt werden, dass die Regionalräte auf diesen Feldern von vornherein, gewissermaßen resignativ, Zuständigkeiten verloren gäben. Sie sollten ihre Kompetenzen aktiv wahrnehmen und verteidigen, etwa für den Fall, dass von der Landesregierung bzw. von Minister Horstmann versucht werden sollte, auch die 3. DVO zu ändern.

Was die 6. DVO betreffe, so sei anzunehmen, dass ihre Rechtsfolgen in der Diskussion über die Standorte von BoA-Kraftwerken zwischen dem zuständigen Fachminister des Landes und dem Regionalrat Köln umstritten sein würden. Es müsse nämlich befürchtet werden, dass die Landesregierung versuchen werde, mit Hilfe der 6. DVO diese Standorte am Regionalrat vorbei zu bestimmen. Auch in einer solchen denkbaren Situation dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass der Regionalrat seine Kompetenzen im Vorhinein aufgegeben hätte.

Wenn die Landesregierung die Position der Regionalräte schwächen wolle, so stehe dies in einem größeren Zusammenhang, zum Beispiel auch mit der Einführung eines § 10 a des Landesplanungsgesetzes. Auch mit dieser Vorschrift, mit der sich der Regionalrat in seiner letzten Sitzung befasst habe, werde von der Landesregierung eine Entmachtung der Regionalräte angestrebt. Insgesamt entstehe der Eindruck, dass die Landesregierung, insbesondere Minister Horstmann, die Regionalplanung und die Gebietsentwicklungsplanung durchlöchern wolle. Dem müsse entgegengetreten werden, und deswegen wäre es gut, wenn die Fraktion der SPD heute nicht Solidarität mit Minister Horstmann zeigen würde, sondern sich für eine offensive Interpretation der Befugnisse der Regionalräte und für eine volle Anwendung von deren Funktionen verwenden würde. Sollte sich die SPD einer solchen Haltung verweigern, würde sie die Gefahr heraufbeschwören, dass irgendwann auf die Regionalplanung der Mittelebene gänzlich verzichtet werden könnte, womit möglicherweise nicht nur die Regionalräte, sondern letzten Endes auch die Bezirksregierungen ihre Existenzberechtigung verlören.

Herr Mercks (SPD) erwidert, Herr Becker sollte Mitgliedern einer Partei wie der SPD, die seit nunmehr 140 Jahren für eine Politik der Solidarität eintrete, nicht vorschreiben wollen, mit wem sie solidarisch zu sein hätten.

Ein Fehlgriff sei auch die Verwendung des Begriffs „Ermächtigungsgesetz“ durch Herrn Becker. Diesen Terminus in diesem Zusammenhang zu verwenden sei, historisch gesehen, zumindest etwas unvorsichtig.

Zur Resolution selber sei festzuhalten, dass sich die Fraktion der SPD der Stimme enthalten werde, weil sie in dem Stadium der Beratungen des Landtages, von dem vorhin die Rede gewesen sei, noch kein endgültiges Urteil abgeben wolle. Es habe keinen Zweck, sich auf eine Art und Weise, die man geradezu als Resolutionszirkus bezeichnen könnte, über einzelne Initiativen und Teilregelungen zu streiten, sondern es bleibe abzuwarten, welches Gesetz der Landtag am Ende beschließen werde.

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>10</b>

Herr Finke (FDP) entgegnet, auf das zu warten, was der Landtag beschließen werde, sei genau das, was die FDP als mit antragstellende Fraktion nicht wolle. Gerade im Blick auf die Vorgänge um die Metrorapid-Planung habe der Regionalrat die Aufgabe, rechtzeitig Klarheit zu reden sowie auf seine Kompetenzen und darauf zu verweisen, dass er sie wahrzunehmen gedenke. Es wäre angebracht, wenn sich die Vertreter der SPD nicht der Stimme enthielten, sondern sich der Auffassung anschließen, die von den anderen Fraktionen vertreten werde.

Herr Wirtz (CDU) äußert sich erstaunt über die Haltung der Landesregierung und auch der SPD-Fraktion im Regionalrat, nachdem doch bei der Einführung der Regionalräte alle Parteien für die Kompetenzausstattung plädiert hätten, die die Regionalräte nun besäßen. Ausschließlich wegen des Bemühens der Landesregierung, beim Metrorapid ihre Ziele gegen die Regionalräte durchzusetzen, werde nun ein Angriff auf diese Kompetenzausstattung gestartet. Die Landesregierung plane zwar kein Ermächtigungsgesetz, aber ein Regionalräte-Entmündigungsgesetz, mit dem zugleich versucht werde, die Einflussmöglichkeiten der Kommunen zu beschneiden. Niemand im Regionalrat dürfe sich mit einer solchen Strategie einverstanden erklären, und es sei ja auch zu erwarten, dass Minister Horstmann bei diesem Projekt - wie bei anderen vorher - eine Bruchlandung erleben werde.

Herr Götz (CDU) richtet an die Vertreter der SPD die Aufforderung, sich hier nicht zum wiederholten Male durch Nichtbeteiligung an der Abstimmung oder durch Stimmenthaltung einer Entscheidung zu entziehen, bei der es im Kern um die Rechte und Zuständigkeiten des Regionalrates ebenso wie um dessen Selbstverständnis gehe.

Die Entscheidung über die Resolution sei dringlich, weil am 28. Mai im Landtag die Anhörung zu dem Gesetzesvorhaben der Landesregierung stattfinden werde. Die Vorsitzenden der Regionalräte seien dazu eingeladen, dürften allerdings nicht mündlich vortragen, sondern könnten nur für den jeweiligen Regionalrat eine schriftliche Stellungnahme abgeben und sich auf Nachfragen dazu äußern. Die Verabschiedung der Resolution diene auch dem Zweck, den Vorsitzenden für dieses Verfahren mit einem klaren Mandat auszustatten.

Herr Kurth (SPD) sagt dazu, dem stehe eine Stimmenthaltung der Fraktion der SPD keineswegs entgegen. Der Vorsitzende könne sich dann – bei Annahme der Resolution durch die drei anderen Fraktionen – in Düsseldorf sogar darauf berufen, dass der Regionalrat Köln die Resolution einstimmig angenommen habe.

Herr Billmann (CDU) bewertet dieses Verhalten mit den Worten, damit gäben die Vertreter der SPD den Antragstellern Recht, allerdings nur indirekt, ohne es allzu deutlich werden zu lassen. Nun könne man ja verstehen, dass die Minderheit der Mehrheit nicht uneingeschränkt Recht geben wolle, aber erstaunlich sei es doch, wenn diejenigen, die die Regionalräte ins Leben gerufen hätten, jetzt gewissermaßen gegen ihr eigenes Kind zu Felde zögen. Natürlich liege das daran, dass die Landesregierung, wenn ihr Mehrheiten in Regionalräten nicht genehm seien, die Entscheidungen wieder an sich zu ziehen versuche, was mit jeglichen Demokratisierungsbestrebungen nicht zu vereinbaren sei. In gleicher Weise könnte man sonst auch die Bürgerentscheide wieder abschaffen, damit die Regierung die lästigen Bürger nicht mehr zu fürchten habe, und eine noch vollständigere Lösung des Problems bestünde darin, die Bürger selber abzuschaffen; dann könnte die Regierung endlich tun und lassen, was sie wolle.

Es bliebe zu klären, wie sich die SPD mit ihrer stolzen demokratischen Tradition aus 140 Jahren zu solchen politischen Strategien verhalten würde. Zu hoffen sei, dass sie zu der Praxis zurückfinde, die Regionalräte ernst zu nehmen, deren Kompetenzen voll auszuschöpfen

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>11</b>

fen und dort in sachlicher Diskussion mit den anderen Fraktionen nach den richtigen politischen Entscheidungen zu suchen.

Vors. Lorth erinnert an die Konzepte zur Neugestaltung des Landesplanungsrechts, die von der Landesregierung im Jahre 2001 vorgestellt und verfolgt worden seien, und äußert die Befürchtung, dass die Aktivitäten, die momentan in Düsseldorf zu beobachten seien, nicht zu einem vernünftigen Gesamtergebnis, sondern zu einem rechtlichen Flickenteppich führen würden. Es würden augenblicklich - auch in der bevorstehenden Anhörung im Landtag - drei Bereiche miteinander vermengt, zum einen die gesetzliche Regelung über den KVR, zum zweiten der § 10 a und zum dritten die Verordnung zu § 23 a des Landesplanungsgesetzes. Man könne nur hoffen, dass - auch und gerade im Sinne des Ruhrgebietes - eine Lösung gefunden werde, mit der alle Beteiligten leben könnten, aber zurzeit sehe das Ganze mehr nach Flickschusterei aus, etwa was die Abgrenzung der Bestimmungen, die für den KVR gelten sollten, gegenüber den übrigen Landesteilen betreffe. Eine wirklich sinnvolle Novellierung des Landesplanungsrechts stehe noch aus, und es sehe nicht so aus, als würde eine solche Novellierung in dieser Legislaturperiode noch gelingen.

Sehr seltsam erscheine auch die Vorbereitung der im Landtag anstehenden Anhörung. Die Vorsitzenden der Regionalräte könnten schriftliche Stellungnahmen einreichen und sich auf Nachfragen auch mündlich äußern, aber - so habe es geheißen - nur zum KVR-Gesetz und zu § 10 a des Landesplanungsgesetzes. Zu § 23 a hingegen seien die Bezirksplaner, also Landesbeamte, eingeladen worden. Der dagegen erhobene Einwand des Vorsitzenden des Regionalrates Münster sei mit der Bemerkung kommentiert worden, es habe sich um ein Büroversehen gehandelt, und dann sei die Sache noch richtiggestellt worden. Demzufolge werde Herr Diehl nun doch nicht an der Anhörung teilnehmen, und er habe auch keine schriftliche Stellungnahme der Bezirksplanungsbehörde vorgelegt. Dies wiederum sei eigentlich schade, denn der Regionalrat hätte über eine solche schriftliche Vorlage konstruktiv debattieren und sich möglicherweise einiges davon zu Eigen machen können.

Herr Dohmen (CDU) appelliert an die Angehörigen der SPD-Fraktion, von ihrer Absicht abzurücken, sich bei diesem Tagesordnungspunkt der Stimme zu enthalten. Sie sollten sich dazu bekennen, Interessenvertreter nicht nur des Regionalrates, sondern auch der Städte und Gemeinden und der Bürgerinnen und Bürger zu sein, sollten in diesem Sinne die heute mehrfach angesprochene Solidarität zeigen und bei der Abstimmung daraus die richtigen Schlüsse ziehen.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) bittet den Vorsitzenden, bei der Anhörung im Landtag ausdrücklich die Frage aufzuwerfen, ob die dort behandelte Gesetzgebung Auswirkungen auf das Verfahren in Sachen BoA-Kraftwerk Bergheim-Niederaußem haben könne und zwar sowohl für den Fall einer vorherigen Änderung des LEP als auch für den Fall des Ausbleibens einer solchen Änderung. Es müsse geklärt werden, wie sich die Folgen der 6. DVO in dieser Angelegenheit darstellten.

Vors. Lorth sagt zu, diese Fragestellung in seine schriftlichen Darlegungen einzubeziehen.

Frau Loida (SPD) schließt sich dem an, was der Vorsitzende zur Problematik eines Gesamtkonzepts der Landesplanung und des Landesplanungsrechts ausgeführt habe, macht jedoch zugleich deutlich, dass in dem erwähnten Flickenteppich aus vielerlei Teilregelungen die Regionalräte nicht unbedingt ihre Rolle als starke und selbstbewusste Institutionen gefunden hätten. Aufgabe der Regionalräte wäre es, konzeptionell zu denken und entsprechende

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung	RR 125/2003	12

Arbeit zu leisten. Resolutionen wie die hier vorliegende hingegen seien nicht geeignet, die Daseinsberechtigung der Regionalräte unter Beweis zu stellen.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) erwidert, solche Argumentationsmuster seien für diejenigen charakteristisch, die in der Sache eine bestimmte Meinung hätten - in diesem Falle dieselbe wie die Antragsteller -, die sich aber, wenn sie diese Meinung deutlich verträten, gegen ihre eigene Partei auf einer höheren Ebene wenden müssten - ein Schicksal, das im Übrigen vielen, auch der Fraktion DIE GRÜNEN, nicht unbekannt sei.

Hinter den Einlassungen der Vertreter der SPD werde aber noch etwas anderes sichtbar: das Bemühen, hinter den Kulissen Einfluss zu nehmen, statt formell eine Resolution zu verabschieden. Bisher habe aber niemand glaubhaft machen können, dass diese Strategie zum Erfolg führe. Deshalb sei es notwendig, jetzt Flagge zu zeigen und zu bekunden, dass man bestimmte Entwicklungen durchaus erkenne und sie nicht gutheiße.

Festzuhalten bleibe, dass in letzter Zeit in kurzer Folge landesplanerische und regionalplanerische Übergriffe der Landesregierung und des zuständigen Ministers erfolgten. Solche Übergriffe seien weder mit demokratischer Mitwirkung noch mit regionaler Konsensfindung vereinbar und müssten zurückgewiesen werden.

#### Beschluss:

Der Regionalrat nimmt die Resolution mit den Stimmen von CDU, Fraktion DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der SPD an.

TOP 6: Berufung eines beratenden Mitgliedes in den Regionalrat  
Drs. Nr.: RR 77/2003

Vors. Lorth teilt mit, im Ältestenrat sei eine Verständigung darüber erzielt worden, dass auf geheime Wahl verzichtet werden könne, es sei denn, eine solche werde ausdrücklich gewünscht. - Da sie offenbar nicht gewünscht werde, könne die Benennung in offener Wahl erfolgen.

Es wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Der Regionalrat beruft Herrn Wolfgang Schuldner zum beratenden Mitglied des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln für den Landessportbund NRW.

TOP 7: Vorbereitung der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes NRW  
hier: Gebiete für flächenintensive Großvorhaben  
Drs. Nr.: RR 17/2003

Es wird ohne Aussprache einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Der Regionalrat unterstützt die Stellungnahme der Bezirksplanungsbehörde (Ziffer 3 der Begründung).

TOP 8: 5. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes (GEP) Teilabschnitt Region Köln zur Neudarstellung eines Kraftwerkstandorts in Bergheim-Niederaußem (Braunkohlenkraftwerk mit optimierter Anlagentechnik - BoA)  
hier: Einleitung des Erarbeitungsverfahrens  
Drs. Nr.: RR 79/2003

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>13</b>

Ergänzung zu TOP 8:

Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung des Beschlussvorschlages zur 5. Änderung des GEP TA Köln - Kraftwerksstandort Bergheim-Niederaußem  
Drs. Nr.: RR 103/2003 (TV)

Herr Mercks (SPD) legt dar, der von der CDU-Fraktion eingebrachte Antrag werfe einige Fragen auf, die in absehbarer Zeit beantwortet werden müssten, heute aber noch nicht beantwortet werden könnten. Die SPD-Fraktion empfehle daher, diesen Tagesordnungspunkt erst in der Oktober-Sitzung des Regionalrates zu behandeln, und verbinde damit zwei Vorschläge: erstens den, dass nach Einleitung des Erarbeitungsverfahrens die Beteiligungsfrist nicht drei, sondern sechs Monate betragen solle und zweitens den, dass die Bezirksregierung prüfe, ob die Bürgerinitiative in die Liste der Beteiligten aufgenommen werden könne.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) bittet den Vorsitzenden, nicht sofort über den Antrag auf Vertagung abstimmen zu lassen und auch nicht nur eine Gegenrede zuzulassen, sondern allen Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich zu dem bevorstehenden Verfahren zu äußern.

Vors. Lorth erklärt, er betrachte diese Äußerung als Gegenrede zu dem von Herrn Mercks gestellten Antrag und sei gehalten, über diesen Antrag nunmehr eine Entscheidung herbeizuführen.

Der Regionalrat fasst mit den Stimmen von CDU, Fraktion DIE GRÜNEN und FDP den Beschluss, den Vertagungsantrag der SPD-Fraktion abzulehnen.

Herr Götz (CDU) bringt daraufhin namens der Fraktion der CDU zum Ausdruck, dass sie diesen Punkt zwar nicht habe vertagen wollen, aber nicht gewillt sei, heute das Erarbeitungsverfahren einzuleiten. Sie stimme, wie in ihrem Ergänzungsantrag zum Ausdruck komme, dem Kraftwerkserneuerungsprogramm zu, wolle aber zunächst die noch offenen Punkte geklärt sehen, ohne deren Klärung das Verfahren nicht sachgerecht vonstatten gehen könne.

Es handele sich dabei um vier Punkte, die in den Vorgesprächen bereits eine Rolle gespielt hätten: erstens um die Dezentralisierung des BoA-Programms und um die Anzahl der Standorte - darüber bestehe bis heute keine Klarheit -; zweitens um die Forderung nach einem verbindlichen Zeitplan für die jeweiligen Standorte, betreffend Neubau sowie Stilllegung und Abriss oder Nachnutzung der Altanlagen; drittens um die Problematik der Verschattung und um das Klimagutachten, wo man in den letzten Monaten keinen Schritt vorangekommen sei; viertens - was mit dem dritten Punkt zusammenhänge - um die Größe und Dimension der Bauwerke.

Nach ausführlichem Studium des Antrages, den RWE/Rheinbraun vorgelegt habe, sei die CDU von dem Verhalten des Unternehmens sehr enttäuscht, weil zahlreiche konkrete Vorgaben, von denen in mündlichen Gesprächen oder bei der Antwort auf Anfragen der CDU-Fraktion die Rede gewesen sei, nicht erfüllt seien. Im Antrag ausdrücklich genannt seien nur die Standorte Neurath und Niederaußem; alle anderen potenziellen Standorte seien nicht aufgeführt. Es würden keine Angaben zum Klimagutachten und zu einer Reduzierung der Verschattung gemacht. Dasselbe gelte für die städtebauliche Wirkung: Für die Angaben zur Schwadenreduzierung um 12 % würden keine Beweise erbracht. Die Behandlung des Themas „Fernwärme“ sei nicht konkret genug. Damit zeige der Antrag nicht die Qualität, die er haben müsste, wenn mit dem Regionalrat und mit den betroffenen Bürgern vernünftig umgegangen werden solle.

Die CDU-Fraktion lehne es ab, den Antrag des Unternehmens überhaupt wieder auf die Tagesordnung des Regionalrates zu setzen, solange die erforderlichen Klärungen nicht erfolgt seien; denn es habe keinen Zweck, dass sich der Regionalrat immer wieder mit unaus-

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>14</b>

gereiften Vorlagen beschäftigen. Von dem Unternehmen seien in Ergänzung des eingereichten Antrages verbindliche und verpflichtende Erklärungen zu den soeben genannten Punkten zu erwarten. Erst nach Abgabe solcher Erklärungen könne eine weitere Befassung erfolgen, denn es müsse von vornherein sichergestellt werden, dass das Verfahren auf eine für alle Betroffenen verträgliche Weise durchgeführt werde.

Dem Unternehmen könne in diesem Sinne nur empfohlen werden, konstruktiv mit dem Arbeitskreis BoA-Planung zusammenzuarbeiten, dem - neben Vertretern des Unternehmens selbst - Vertreter der Stadt Bergheim und aller Fraktionen, Vertreter der Stadtteile und Dörfer, Ortsvorsteher usw. angehört und der auch von den Bürgerinnen und Bürgern und den Betroffenen mitgetragen werde. Wenn dort konstruktiv gearbeitet und ein Kompromiss erreicht worden sei, könne und müsse ein neuer, verbesserter Antrag vorgelegt werden.

Die CDU-Fraktion bitte also um Zustimmung zu ihrem Ergänzungsantrag, in dem die erwähnten Punkte aufgelistet seien und in dem zusätzlich - unter Nr. 4 - die Bezirksregierung aufgefordert werde, zu bestimmten Fragen Stellung zu nehmen.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) führt aus, eine Einleitung des Verfahrens komme in der Tat nicht in Frage, solange die standortbezogenen Stilllegungspläne und ein Konzept zu den Problemen der Verschattung und der klimatischen Verhältnisse nicht auf dem Tisch lägen. Zu diesen Punkten habe es vorab eine gemeinsame Anfrage der CDU und der Fraktion DIE GRÜNEN gegeben, die bislang nicht zufriedenstellend beantwortet worden sei.

In den Vorbesprechungen seien von Rheinbraun zu diesen Fragen Unterlagen präsentiert worden, die wesentlich detaillierter gewesen seien als das, was jetzt zur Begründung des Antrages auf Einleitung des Verfahrens vorgetragen werde. Darin komme leider zum Ausdruck, dass das Unternehmen auf eine nicht angemessene Weise mit dem Regionalrat und der Bezirksregierung umgehe und dass es sich auch nicht ernsthaft genug mit den Belangen der betroffenen Bevölkerung auseinandersetze.

Der Regionalrat müsse deshalb heute genau das Signal aussenden, von dem Herr Götz gesprochen habe. Zwar sei mit Sicherheit niemand dagegen, dass alte Kraftwerke durch neue ersetzt würden; es sei aber zunächst zu klären, ob das Unternehmen eine Strategie verfolgen wolle, die gar nicht auf einen solchen Austausch alter Kraftwerke durch neue hinauslaufe, sondern darauf, dass alte Blöcke, leicht saniert, noch für lange Zeit weiterliefen und zusätzlich neue betrieben würden - mit dem Resultat einer stark erhöhten Stromproduktion für eine lange Übergangszeit, vielleicht für 15 bis 20 Jahre.

Beantwortet werden müsse von RWE/Rheinbraun auch die Frage, wie bei sich stark überlappenden Laufzeiten von Altanlagen und neuen BoA-Blöcken deren Versorgung aus den Tagebauen aussehen solle, mit anderen Worten, ob hierdurch nicht neue Tagebaue präjudiziert würden.

Selbstverständlich könnten und müssten derartige Fragen nicht bis ins letzte Detail vor der Einleitung des Verfahrens geklärt werden. Vorher vorliegen müssten aber grundsätzliche Festlegungen in Bezug auf die standortbezogenen Laufzeiten und die Stilllegungen sowie hinsichtlich der Frage, wann und wo Altanlagen abgerissen und die freiwerdenden Flächen für Neubauten genutzt werden könnten.

Aus der Sicht der Fraktion DIE GRÜNEN könne und dürfe es also im Regionalrat nicht darum gehen, die Erneuerung des Kraftwerkparks zu verzögern oder gar zu verhindern; wohl aber gehe es darum, von vornherein sicherzustellen, dass diese Erneuerung auf eine umweltschonende und für die Bevölkerung zuträgliche Art und Weise gestaltet werde. Ein aktueller Zeitdruck bestehe nicht, und das Unternehmen habe Gelegenheit, alle erforderlichen Unterlagen sorgfältig auszuarbeiten. Erst wenn diese Unterlagen vorlägen, werde der Regionalrat am Zuge sein.

Die Fraktion DIE GRÜNEN könne sowohl dem, was Herr Mercks vorgetragen habe, als auch den Aussagen von Herrn Götz folgen. Auch sie plädiere dafür, den Bergheimer Ar-

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>15</b>

beitskreis in das Verfahren zu integrieren, also zumindest informell in den Kreis der Beteiligten aufzunehmen. Sie rege zudem an, dass die Bezirksregierung frühzeitig nicht nur mit dem Antragsteller, sondern auch mit dem Arbeitskreis und der Bürgerinitiative in Kontakt trete und zwar mit dem Ziel, Friktionen, die im späteren Verfahren auftreten könnten, möglichst schon im Vorfeld auszuschließen.

Herr Finke (FDP) sagt, die Fraktion der FDP sei ursprünglich dafür gewesen, das Verfahren heute einzuleiten und offene Fragen im Verfahren zu klären. Nach Gesprächen auch mit der Bürgerinitiative und deren Anwälten sei sie jedoch zu demselben Ergebnis gekommen, das von den Vorrednern skizziert worden sei: Der Flächenbedarf der Kraftwerke sei noch nicht genügend präzisiert; zurzeit gebe es eine Konzentration auf zwei Neubaustandorte, aber es müsse auch über Alternativen gesprochen werden; die Abfolge, also der Ersatz von alten durch neue Kraftwerke, sei zu klären usw.

In all diesen Fragen müsse der Regionalrat nicht nur gründlich informiert, sondern auch in die Lage versetzt werden, selber Vorgaben zu machen und Entscheidungen zu treffen. Vor allem müsse es seitens des Unternehmens verbindliche Zusagen geben, auf die sich sowohl der Regionalrat als auch die betroffenen Bürger verlassen könnten.

Daraus ergebe sich zwingend, dass das Verfahren heute noch nicht eingeleitet werden könne, sondern das Unternehmen zunächst reagieren müsse. Signale dafür, dass die Firma Rheinbraun die noch zu lösenden Aufgaben zügig erledigen werde, seien im Vorfeld leider nicht gegeben worden. Es sei zu hoffen, dass die Vertreter des Unternehmens, die die heutige Debatte des Regionalrates verfolgten oder auswerteten, dafür sorgten, dass sich das bald ändere. Denn das Kraftwerkerneuerungsprogramm solle selbstverständlich nicht aufgehoben werden; es werde von allen im Regionalrat vertretenen Parteien nach wie vor befürwortet, müsse aber verträglich sein und vom Regionalrat mitgestaltet werden können. Dass man den Regionalrat gewissermaßen außen vor lasse, indem man ihm Informationen vorenthalte, könne nicht hingenommen werden.

Die Einbeziehung des Bergheimer Arbeitskreises in das Verfahren werde auch von der FDP befürwortet. Die Bezirksregierung sei gebeten, diese Einbeziehung zu ermöglichen.

Ebenso stimme die FDP der Forderung zu, dass das Unternehmen ein Klimagutachten erarbeiten lasse. Dass ein solches Gutachten einen bestimmten finanziellen Aufwand erfordere, sei nicht zu bestreiten; es müsse aber vorliegen, wenn man in dieser Sache wirklich weiterkommen wolle.

Herr Kurth (SPD) betont zunächst, der von Herrn Mercks für die SPD-Fraktion gestellte Vertagungsantrag weiche in seiner Zielsetzung nicht von dem ab, was die CDU in ihren Ergänzungsantrag aufgenommen habe.

Er weist dann darauf hin, dass der Regionalrat Düsseldorf - mit ähnlichen politischen Konstellationen, wie sie im Regionalrat Köln gegeben seien - am 9. Oktober des vergangenen Jahres zum Standort Grevenbroich-Neurath einen Beschluss zur Änderung des GEP gefasst habe und dass RWE/Rheinbraun beabsichtige, dort bis zum Jahre 2009 Baumaßnahmen durchzuführen. Die offenen Fragen zur Anlagentechnik und zu vielen anderen Themen, die hier heute aufgeworfen worden seien, stellten sich für das Projekt in Neurath in gleicher oder ähnlicher Weise wie für den Standort Niederaußem. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn die Bezirksregierungen in Köln und in Düsseldorf Kontakt miteinander aufnahmen und sich abstimmen. Vielleicht gebe es auf der einen Seite schon Erkenntnisse, die ohne eine solche Kontaktaufnahme auf der anderen Seite erst noch mühsam gewonnen werden müssten.

Im Ältestenrat habe es, wie schon angedeutet worden sei, einen intensiven Gedankenaustausch über die Präsentation der Pläne von RWE/Rheinbraun anlässlich der Ortsbesichtigung in Niederaußem gegeben. Seinerzeit habe das Unternehmen sehr klar dargelegt, wie die Zeitschiene aussehen solle und was auf dieser Schiene wo geschehen solle. Die entsprechende

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung	RR 125/2003	16

Unterlage sei der Bezirksregierung trotz einer darauf abzielenden Anforderung bisher offenbar nicht ausgehändigt worden. Dies müsse nachgeholt werden, damit der Regionalrat die Planungen konkret nachvollziehen könne.

Nach einer Aussage, die der Bezirksplaner im Ältestenrat gemacht habe, werde für das anstehende Verfahren ab Juli 2004 EU-Recht gelten. Welche Folgen das für das weitere Prozedere haben werde, müsse gleichfalls noch geklärt werden.

Außerdem wäre das sinnvoll, was die CDU auch beantragt habe, nämlich die Vorlage einer schriftlichen Stellungnahme der Bezirksregierung zu den Einlassungen der Vertreterin der Bürgerinitiative, der Rechtsanwaltskanzlei Lenz und Johlen. Eine solche Stellungnahme müsse eine juristische Bewertung dessen, was die Anwälte vorgebracht hätten, enthalten.

Vors. Lorth hebt den zuletzt genannten Punkt als besonders wesentlich hervor.

Herr Billmann (CDU) unterstreicht die Tatsache, dass hier der seltene Fall vorliege, dass die kommunalen Vertretungen, der Regionalrat und die Bezirksregierung im Grunde dasselbe Ziel verfolgen. Sie alle erwarteten, dass die offenen Fragen beantwortet würden. Zeitnah ausgeräumt werden könnten die vorhandenen Bedenken nur durch RWE/Rheinbraun, und es liege am Unternehmen selber, ob das bis Oktober gelingen werde.

Es bedürfe keiner weiteren Erwähnung, dass das Programm zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung von allen Fraktionen unterstützt werde. In diesem Zusammenhang müsse untersucht werden, ob es technisch und energiewirtschaftlich möglich sei, erst alte Blöcke stillzulegen und danach neue zu errichten, und ob das an einem Standort geschehen könne oder ob dazu Standorte ausgetauscht werden müssten.

Die Bedenken der betroffenen Bevölkerung in Sachen Verschattung seien sehr verständlich, und die Forderung, ingenieurtechnische Lösungen dieses Problems zu finden, sei vollkommen berechtigt. Früher sei die Entstickung als nicht lösbares Problem bezeichnet worden, aber heute sei sie Stand der Technik, und in gleicher Weise müssten bei der Vermeidung von Verschattungen Fortschritte erzielt werden. Ähnliches gelte für die Reduzierung der Abwärme bzw. für deren gewinnbringende Nutzung. Wenn in all diesen Fragen positive Perspektiven aufgezeigt werden könnten, werde es dem Regionalrat sicher möglich sein, den Weg für die Projekte von RWE/Rheinbraun freizumachen.

Herr Diehl (Bezirksplaner) trägt vor, zwischen dem GEP-Verfahren im Regierungsbezirk Düsseldorf und dem hier besprochenen bestünden erhebliche Unterschiede, beispielsweise deshalb, weil in Niederaußem bereits ein BoA-Block existiere. Schon deswegen habe die Bezirksregierung von Anfang

an - seit Beginn der Gespräche mit RWE/Rheinbraun über die Umsetzung des Kraftwerkerneuerungs-Programme - Wert darauf gelegt, mit der Stadt Bergheim und mit den Betroffenen Kontakt zu pflegen und über alle Fragen offen zu diskutieren. Sie meine, insofern den Anforderungen genügt zu haben und weiterhin zu genügen, die der Regionalrat in der heutigen Debatte erhoben habe.

Er persönlich - so Herr Diehl weiter - habe sich vor Ort um eine intensive Diskussion aller Fragen bemüht, er sei mehrfach in Bergheim gewesen, auch im Rat der Stadt, habe dort Rede und Antwort gestanden, habe an Bürgerinformationsveranstaltungen teilgenommen und stehe auch in Kontakt mit der Bürgerinitiative. Von dieser umfassenden Zusammenarbeit solle auch das weitere Vorgehen gekennzeichnet sein.

In diesem Zusammenhang sei die - hier heute auch aufgeworfene - Frage zu sehen, ob die Bürgerinitiative in den Kreis der Verfahrensbeteiligten einbezogen werden könne. Damit stelle sich auch ganz generell - unabhängig vom konkreten Fall - die Frage nach der Einbeziehung der Öffentlichkeit. Nun spreche das Landesplanungsgesetz unmissverständlich von der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. Ein Träger öffentlicher Belange könne eine Bür-

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>17</b>

gerinitiative niemals sein. Politische Auswirkungen der Tätigkeit der Bergheimer Bürgerinitiative oder überhaupt Meinungsbildungen der betroffenen Bürger könnten nur auf dem Wege über die Willensbildung im Rat der Stadt in das Verfahren einfließen. Eine direkte Öffentlichkeitsbeteiligung im Gebietsentwicklungsplanverfahren sei vom Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen und könne demnach nicht vorgesehen werden.

Das im Regierungsbezirk Düsseldorf eingeleitete GEP-Verfahren zum Standort Neurath sei schon sehr weit gediehen. Vor kurzem habe der Erörterungstermin stattgefunden, in dem übrigens weithin Einvernehmen geherrscht habe. Wahrscheinlich könne dieses Verfahren noch vor der Sommerpause abgeschlossen werden. Wegen der angesprochenen unmittelbaren Erfahrungen, die in Niederaußem bereits vorlägen, bestehe allerdings kein Anlass zu der Annahme, dass das Verfahren im Regierungsbezirk Köln auf die gleiche Weise ablaufen könne oder müsse. Das zeige sich ja schon darin, dass der Regionalrat heute deutlich mache, dass er vor der Einleitung des Verfahrens noch bestimmte Fragen beantwortet sehen wolle, was auch sein gutes Recht sei; denn natürlich müsse der vom Unternehmen vorgelegte Antrag plausibel und nachvollziehbar sein, und es sei auch sinnvoll, ein Verfahren nur dann einzuleiten, wenn zumindest eine gewisse Wahrscheinlichkeit bestehe, dass es zu einem positiven Ende gebracht werden könne.

Zum Schriftsatz der Anwaltskanzlei Lenz und Johlen werde sich die Bezirksregierung, wie gewünscht, schriftlich äußern. Klar sei allerdings, dass das von der Kanzlei Vorgetragene keinen Grund darstelle, nicht ins Verfahren einzutreten.

Herr Götz (CDU) zieht aus dem im bisherigen Verlauf der Debatte Gesagten den Schluss, dass es sachdienlich wäre, den Ergänzungsantrag der CDU mit seinen vier Punkten um die folgenden drei Absätze zu erweitern:

5. Der Regionalrat Köln bittet die Bezirksregierung Köln, bei der RWE Rheinbraun AG die noch ausstehenden Folien aus dem Vortrag in der Sitzung Anfang April 2003 einzufordern.
6. Die Bezirksregierung wird gebeten, darzulegen, welche Auswirkungen die Plan-UVP-Richtlinie auf das Verfahren hat.
7. Die Bezirksregierung wird gebeten, zu prüfen, ob die Bürgerinitiative außerhalb der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Verfahren angemessen einbezogen werden kann.

Herr Becker (DIE GRÜNEN) regt an, Absatz 5 wie folgt zu formulieren:

Der Regionalrat Köln bittet die Bezirksregierung Köln, bei der RWE Rheinbraun AG die noch ausstehenden Folien, insbesondere zu den Laufzeiten der einzelnen Kraftwerksblöcke, einzufordern.

Herr Götz (CDU) erklärt sich damit einverstanden und bittet um Annahme des Ergänzungsantrages der CDU in der so abgeänderten Fassung.

Vors. Lorth macht darauf aufmerksam, dass dieser Beschlussvorschlag keine Terminsetzung enthalte, also auch nicht die Absichtserklärung umfasse, diesen Punkt der Tagesordnung in der Sitzung des Regionalrates im Oktober zu behandeln.

Herr Mercks (SPD) meint dazu, sein Vorschlag, die Angelegenheit auf Oktober zu verschieben, habe nicht zuletzt das Ziel verfolgen sollen, das Unternehmen zu beschleunigen

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>18</b>

Handeln zu drängen. Die SPD-Fraktion sei aber bereit, auf die Nennung eines konkreten Termins zu verzichten, sei also mit der Beschlussfassung im Sinne eines „so bald wie möglich“ einverstanden.

Der Regionalrat fasst einstimmig den Beschluss, den Ergänzungsantrag der Fraktion der CDU in der erweiterten Fassung anzunehmen.

TOP 9: Antrag der Gemeinde Inden zur Änderung des Gebietsentwicklungsplans (GEP) Teilabschnitt Region Aachen zur Neudarstellung eines ASB-Schophoven  
Drs. Nr.: RR 80/2003

Herr Dohmen (CDU) führt aus, wegen des dortigen Braunkohlentagebaus und der Umsiedlung von Pier habe die Gemeinde Inden große Probleme zu bewältigen, auch solche der Siedlungs- bzw. Bevölkerungsentwicklung. Der Regionalrat habe sich bei der Gebietsentwicklungsplanung mehrfach mit diesen Problemen befasst, sei zu dem jetzt im GEP vorliegenden Ergebnis gelangt, und dem entspreche der Beschlussvorschlag der Behörde, dem Antrag der Gemeinde auf Ausweisung eines ASB-Standortes Schophoven nicht zu folgen.

Es müssten in diesem Zusammenhang an die Gemeinde Inden aber nicht die allgemeinen, sondern besondere Maßstäbe angelegt werden. Die Gemeinde mache sich mit Recht Sorgen, was die Möglichkeiten einer gesunden Weiterentwicklung betreffe, und deswegen wäre es gut, wenn der Regionalrat es nicht bei einer Entscheidung im Sinne der vorliegenden Beschlussempfehlung beließe, sondern Folgendes hinzufügte:

Der Regionalrat Köln unterstützt die Gemeinde Inden bei entsprechend drängendem Wohn- und Planungsbedarf dahingehend, dass über die jetzige Festsetzung des GEP hinaus eine erweiterte bauliche Entwicklung - auch in Schophoven - von den beteiligten Stellen ermöglicht wird.

Frau Herlitzius (DIE GRÜNEN) unterstützt diesen Zusatzantrag und merkt an, die Fraktion DIE GRÜNEN hätte sich schon in den Beratungen des Braunkohlenausschusses dafür eingesetzt, die Entwicklung der Gemeinde Inden genau zu beobachten und auf Probleme oder Fehlentwicklungen zu reagieren. Die Ängste und Sorgen, die in der Bevölkerung bestünden, müssten ernst genommen werden und es sollten schon jetzt planerische Akzente im Sinne der Gemeinde gesetzt werden, auch wenn sie möglicherweise erst in 10 oder 15 Jahren zum Tragen kämen.

Herr Kurth (SPD) räumt ein, dass der Gemeinde Inden Hilfe bei der Bewältigung ihrer planerischen Schwierigkeiten zugesagt worden sei, meldet aber Zweifel daran, dass sich dann, wenn dem Antrag der Gemeinde stattgegeben würde, die Dinge in der Realität wirklich zum Besseren wenden könnten. Man müsse wissen, dass der Gemeinde nach der Rekultivierung des Tagebaus ohnehin eine zusätzliche Fläche von 20 ha zur Verfügung stehen werde, sodass es der Ausweisung eines ASB Schophoven wirklich nicht bedürfe. Es spreche nichts dagegen, an die Gemeinde, die durch die Braunkohlenplanung in der Tat gebeutelt sei, Signale des guten Willens auszusenden, aber man müsse immer prüfen, ob man dabei nicht einem Verhaltensmuster verhaftet bleibe, das mit dem Begriff „Augenwischerei“ zutreffend beschrieben wäre.

Herr Schmitz (CDU) hebt hervor, die Gemeinde Inden habe durch den Tagebau sehr zu leiden, weil 70 % ihrer Fläche verlorengingen. Hinzu komme, dass sich die Mehrheit der Bürger von Pier dafür entschieden habe, in die Nachbargemeinde Langerwehe umzusiedeln.

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>19</b>

Ein kleinerer Teil wolle in Inden bleiben, und dafür kämen zwei Siedlungsbereiche in Frage, zum einen Schophoven, zum anderen das Gebiet um die Waagmühle im Süden von Inden/Altdorf.

Der zuständige Arbeitskreis des Braunkohlenausschusses habe sich darum bemüht, der Gemeinde Inden zu helfen und ihren Fortbestand zu sichern. Südlich von Schophoven stünden Gebiete zur Verfügung, in denen 100 Häuser und 250 Wohnungseinheiten errichtet werden könnten, was vom Bergbautreibenden auf aner kennenswerte Weise unterstützt werde. Sollte dies nicht ausreichen, müsse man zu neuen Überlegungen kommen, aber nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge könne nur dem entsprochen werden, was die Bezirksregierung in ihrem Beschlussvorschlag zum Ausdruck bringe.

Herr Diehl (Bezirksplaner) betont, auch die Bezirksregierung bemühe sich, der Gemeinde Inden im Rahmen dessen, was auf den verbleibenden Flächen geschehen könne, zu helfen. Im Zuge der Überarbeitung des GEP sei die Fläche an der Waagmühle - am heutigen Siedlungsschwerpunkt Inden/Altdorf - mit dem Ziel ausgewiesen worden, diesen Siedlungsschwerpunkt zu stärken und die gemeindliche Entwicklung dort zu konzentrieren. Außerdem sei der Gemeinde im August letzten Jahres per Verfügung der Behörde im Bereich Schophoven der Bebauungsplan „Gut Müllenark“ als landesplanerisch angepasst bestätigt worden. Nach den Grundsätzen der Landesplanung wäre dies eigentlich nicht möglich gewesen; es sei nur deshalb geschehen, weil einer Gemeinde eine solche Ansiedlungsmöglichkeit nicht verwehrt werden könne, wenn sie ohnehin viele Bürger verliere, andere Einwohner dort aber bauen wollten. Das sei nicht eine Maßnahme des guten Willens gewesen, sondern weit mehr, und damit seien auf mittlere Sicht - für einen Zeitraum von 8 bis 10 Jahren - alle baulichen Perspektiven eröffnet, die die Gemeinde brauche.

Für die Zeit nach 2010 stünden westlich von Lamersdorf 20 bis 22 ha zur Verfügung. Diese Flächen seien bereits verkippt. Im Augenblick könne dort noch nicht - oder nur mit einem so erheblichen technischen Aufwand, dass er kaum zu bezahlen wäre - gebaut werden, aber im Zeitraum 2010/12 werde das unter normalen Bedingungen möglich sein.

Was darüber hinaus notwendig sein werde oder sein könnte - also zu einem Zeitpunkt weit nach 2010 -, sollte in späterer Zeit diskutiert und entschieden werden. Durch die Verlegung der Inde und durch die Rekultivierung des Tagebaus entstünden Freiräume, die langfristig durchaus auch für Siedlungs-entwicklungen genutzt werden könnten. Für die Gemeinde seien somit weitere Entwicklungsperspektiven absehbar, sodass man sich keinesfalls mit dem Gedanken beschäftigen sollte, sie gänzlich aufzulösen.

Fairerweise und ehrlicherweise sollte man der Gemeinde Inden sagen, dass ihr Entwicklungsmöglichkeiten über die soeben genannten Perspektiven hinaus nicht eingeräumt werden könnten. Für das, was in den kommenden Jahren dort geschehen könne, seien die Voraussetzungen nicht nur geschaffen worden, sondern man sei sogar über das hinausgegangen, was üblicherweise zulässig sei. Eine Anpassungs-bestätigung, wie Inden sie für „Gut Müllenark“ erhalten habe, wäre einer anderen Gemeinde, die sich nicht in dieser tagesbaubedingten Situation befunden hätte, nicht zugestanden worden.

Aus diesen Gründen bitte die Behörde den Regionalrat, der in der Beschlussempfehlung zum Ausdruck kommenden Entscheidung als der einzig möglichen zuzustimmen.

Herr Dohmen (CDU) macht geltend, Herr Diehl habe mit seinen Darlegungen eine zusätzliche Beschlussfassung, wie er - Herr Dohmen - sie vorgeschlagen habe, im Ergebnis unterstützt. Es werde darin ja nur gesagt, dass eine erweiterte bauliche Entwicklung auch in Schophoven langfristig nicht ausgeschlossen werden sollte.

Die Entwicklungsplanung der Gemeinden sei deren hoheitliche Aufgabe, und das sollte grundsätzlich respektiert werden. Normalerweise dürften den Gemeinden da keine Vorschriften gemacht werden, und so sollte es auch in diesem Falle der Gemeinde Inden überlas-

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung	RR 125/2003	20

sen werden, entsprechende Entscheidungen zu treffen. In diesem Sinne wäre es sinnvoll, wenn der Gemeinde durch den Regionalrat signalisiert würde, dass ihren Belangen Rechnung getragen werde, auf lange Sicht möglicherweise auch über das hinaus, was derzeit im GEP verankert sei. Nicht mehr, aber auch nicht weniger werde durch den vorgetragenen Ergänzungsantrag zum Ausdruck gebracht.

Vors. Lorth schlägt vor, über den Antrag von Herrn Dohmen nicht formell zu beschließen, sondern den Text als Protokollnotiz dem Beschlussvorschlag der Bezirksregierung beizufügen.

Der Regionalrat fasst daraufhin unter Berücksichtigung dieser Protokollnotiz einstimmig folgenden Beschluss: Der Regionalrat lehnt die von der Gemeinde Inden beantragte Änderung des Gebietsentwicklungsplans Teilabschnitt Region Aachen zur Neudarstellung eines ASB Schophoven ab.

TOP 11: Jahresförderprogramm Tourismus 2003  
Drs. Nr.: RR / KRS 72/2003

Der Regionalrat nimmt das Jahresförderprogramm 2003 - Tourismus - zur Kenntnis.

TOP 12: Jahresförderprogramm Wasserwirtschaft  
Drs. Nr.: RR / KRS 74/2003

Vors. Lorth spricht den Umstand an, dass die Hochwasserschutzmaßnahme in Bonn-Beuel in die Kategorie III eingestuft worden sei. Das bedeute nichts anderes, als dass diese Maßnahme abgelehnt werde. Er bitte um Prüfung, ob eine Einstufung in Klasse II ermöglicht werden könne.

Herr Jesemann (Dezernat 54) berichtet, das zuständige Ministerium habe die Durchführung von Schutzmaßnahmen am Rhein, die unterhalb des 100jährigen Ereignisses lägen, abgelehnt. Das Projekt in Bonn-Beuel liege in der Kategorie eines 30- bis 50-jährlichen Ereignisses.

Zu unterscheiden sei im Übrigen zwischen der Genehmigungsfähigkeit und der Förderfähigkeit. Insoweit existiere, was den Bonner Antrag angehe, eine schwierige Situation. Der Antrag müsse nicht formell abgelehnt werden, sondern man könne ihn ruhen lassen und die Gespräche zwischen der Stadt Bonn und dem Umweltministerium abwarten.

Frau Loida (SPD) weist darauf hin, dass es außerhalb der hier geltenden Systematik in diesem Jahr weitere Förderanträge aus Köln geben werde und dass dafür 60 % Fördermittel des Landes bereits zugesagt worden seien.

Der Regionalrat nimmt den Bericht über das Jahresförderprogramm 2003 und die Auswertung 2002 - Maßnahmen des Wasserbaus - zur Kenntnis.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung	RR 125/2003	21

TOP 13: Jahresförderprogramm Naturschutz und Landschaftspflege  
Drs. Nr.: RR / KRS 73/2003

Der Regionalrat nimmt das Jahresförderprogramm 2003 - Naturschutz und Landschaftspflege - zur Kenntnis.

TOP 14: Jahresförderprogramm Abfallbeseitigung/Altlasten  
Drs. Nr.: RR / KRS 75/2003

Der Regionalrat nimmt das Jahresförderprogramm 2003 - Altlasten - zur Kenntnis.

TOP 15: Mitteilungen  
a.) der Bezirksregierung  
c.) der Verkehrskommission  
Beschlusszusammenfassung der 11. VK-Sitzung am 16.05.2003  
Drs. Nr.: RR 98/2003 (TV)

Vors. Lorth stellt fest, hierzu lägen keine Wortmeldungen vor.

b.) des Vorsitzenden

Vors. Lorth gibt bekannt, im Ältestenrat seien folgende Vereinbarungen getroffen worden:

Die Sitzung der Entsorgungskommission finde nicht am 27. Juni, sondern am 26. September 2003 statt. Weil der letztgenannte Termin jedoch für die Sonderkommission Nationalpark Eifel eingeplant sei, müsse nach der am 18. Juli stattfindenden 3. Sitzung dieser Sonderkommission im Ältestenrat am 24. Juli entschieden werden, ob der September-Termin benötigt werde oder nicht. Sollte er benötigt werden, werde die Entsorgungskommission für 13.30 Uhr einberufen werden, andernfalls - wie üblich - für 10.30 Uhr.

d.) der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen  
Beschlusszusammenfassung der 10. KRS-Sitzung am 09.05.2003  
Drs. Nr.: RR 96/2003 (TV)

Herr Mercks (SPD) erinnert an die in der Strukturkommission geführte Debatte über die EU-Gemeinschaftsaufgabe INTERREG und an die Anregung von Herrn Kurth, in den Prüfbereichen A, B und C auch den Nationalpark Eifel zu berücksichtigen. Er bittet darum, die Weichen rechtzeitig so zu stellen, dass die Einrichtung des Nationalparks nicht an den INTERREG-Kriterien scheitere.

e.) Mündliche Anfragen im Rahmen der Sitzung

Vors. Lorth teilt mit, hierzu liege nichts vor, und schließt die Sitzung um 12.25 Uhr.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung	RR 125/2003	22

Der Vorsitzende des  
Regionalrates des  
Regierungsbezirkes Köln



(Gerhard Lorth, MdL)

Der Regierungspräsident  
- Bezirksregierung Köln -



(Jürgen Roters)

Regionalrat des  
Regierungsbezirkes Köln



(Rudolf Finke)  
FDP-Fraktion

Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

- Anwesenheitsliste -

13. Sitzung des Regionalrates  
des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 23. Mai 2003  
im Hause der Bezirksregierung Köln, Zeughausstr. 2-10,  
Plenarsaal

Beginn: 10<sup>00</sup> Uhr Ende: 12<sup>00</sup> Uhr

stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular
Bast, Heino-Gerd	Stadt Leverkusen	<i>H. Bast</i>	X	
Becken, Horst	Rhein-Sieg-Kreis	<i>H. Becken</i>	X	
Bilhaus, Raimund	Kreis Aachen	<i>R. Bilhaus</i>	X	
Buback, Hans-Joachim	Erfkreis	<i>H. Buback</i>	X	
Clemens, Gerhard	Kreis Düren	<i>G. Clemens</i>	X	
Doppe, Rainer	Rhein-Berg-Kreis	<i>R. Doppe</i>	X	
Dotzen, Hans-Wilf	Reservekreis Kreis Düren	<i>H. Dotzen</i>	X	
Donic, Brigitte	Rhein-Sieg-Kreis	<i>B. Donic</i>	X	
Eiser, Werner	Stadt Bonn	<i>W. Eiser</i>	X	

stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular
Fiske, Rudolf	Reservekreis Rhein-Sieg-Kreis	<i>R. Fiske</i>	X	
Friedigandorf, Konrad	Reservekreis Oberbergischer Kreis	entschuldigt		
Gahler, Rainer	Oberbergischer Kreis	<i>R. Gahler</i>		X
Götz, Stefan	Stadt Köln	<i>S. Götz</i>	X	
Goldmann, Ingrid	Stadt Leverkusen	<i>I. Goldmann</i>	X	
Grenzath, Albert	Reservekreis Eifelkreis	<i>A. Grenzath</i>	X	
Heinrichs, Friedrich-Wilhelm	Oberbergischer Kreis	<i>F. Heinrichs</i>	X	
Hessen, Heinrich	Kreis Heinsberg	<i>H. Hessen</i>	X	
Heritzkus, Bettina	Reservekreis Kreis Aachen	<i>B. Heritzkus</i>	X	
Heud, Dieter	Reservekreis Rhein-Sieg-Kreis	<i>D. Heud</i>		X
Hentze, Hans-Josef	Kreis Heinsberg	<i>H. Hentze</i>	X	
Höfken, Heino-Wilhelm	Stadt Aachen	<i>H. Höfken</i>	X	
Jakob, Bodo	Rhein-Berg-Kreis	<i>B. Jakob</i>	X	
Jansen, Josef	Stadt Köln	<i>J. Jansen</i>	X	

stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular
Kirchmeyer, Christa	Stadt Köln	<i>C. Kirchmeyer</i>	X	
Kipper, Karl	Stadt Köln	<i>K. Kipper</i>	X	
Kraus, Frank	Kreis Aachen	<i>F. Kraus</i>	X	
Kolzer, Martha	Stadt Köln	<i>M. Kolzer</i>		X
Korth, Rolf	Kreis Düren	<i>R. Korth</i>	X	
Lambertz, Horst	Reservekreis Stadt Eifel	<i>H. Lambertz</i>	X	
Liebranz, Rainer	Kreis Euskirchen	<i>R. Liebranz</i>	X	
Loida, Ulrike	Stadt Köln	<i>U. Loida</i>	X	
Lorch, Gerhard - MdL -	Stadt Bonn	<i>G. Lorch</i>		X
Mercks, Wilfried	Reservekreis Kreis Heinsberg	<i>W. Mercks</i>	X	
Prof. Dr. Möller, Erhard	Stadt Aachen	<i>E. Möller</i>	X	
Möring, Karsten	Reservekreis Stadt Köln	<i>K. Möring</i>	X	
De Pesch, Dieter	Kreis Euskirchen	<i>D. De Pesch</i>	X	
Rackwitz-Zimmermann, Heidi	Rhein-Sieg-Kreis	<i>H. Rackwitz-Zimmermann</i>		X

stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular
Sälter, Michael	Stadt Bonn	<i>M. Sälter</i>		X
Schütz, Hans-Tho	Eifelkreis	<i>H. Schütz</i>	X	
Simon, Sibilla	Eifelkreis	<i>S. Simon</i>	X	
Tüttenberg, Achim	Rhein-Sieg-Kreis	<i>A. Tüttenberg</i>		
Waddy, Manfred	Stadt Köln	<i>M. Waddy</i>		
Wirtz, Axel - MdL -	Kreis Aachen	<i>A. Wirtz</i>	X	
Wolke, Hans Peter	Eifelkreis	<i>H. Wolke</i>		

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>24</b>

beratende Mitglieder	Vertreter der/des	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular
Düdingers, Wilhelm	Arbeitsrat			X
Gilges, Konrad	Arbeitsrat			
LD Dr. Hentschel, Armin	Arbeitgeber		X	
Jansen, Peter-Max	Arbeitsrat		X	
Nidehoff, Uwe	Arbeitgeber			
Schuster, Sebastian	Sprecher/Verbands			
Dr. Vennekamp, Uwe	Arbeitgeber			
vom Hofe, Mark	nach § 39 BauschG anerkanntes Natsch/Verbands			
Fahner, Michaela	LAG kreise Frauenkreis NRW	entschuldigt		
Steuer, Birgit	Regionalesches Frau und Beruf		X	

beratende Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Landschaftsverband Rheinland Althoff, Detlef	entschuldigt		
Oberbürgermeister der Stadt Aachen Dr. Linden, Jürgen			
Oberbürgermeister der Stadt Bonn Dackmann, Barbel			
Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen Hubbel, Paul			
Oberbürgermeister der Stadt Köln Schramma, Fritz			
Kreis Aachen Landrat Meulenbergh, Carl			
Kreis Düren Landrat Spethan, Wolfgang			
Eifelkreis KTA Dülmen, Harald	entschuldigt		
Kreis Euskirchen Landrat Rosenke, Gunter			
Kreis Heinsberg Landrat Gruber, Karl			
Oberbergischer Kreis Landrat Kausmann, Hans-Leo			
Rheinisch-Bergischer Kreis Landrat Mors, Norbert			
Kreis-Sieg-Kreis Landrat Kühn, Fritz/Gof			

**- Gäste -**

Name (Bitte in Großbuchstaben)	Vertreter/in der/des (Bitte in Großbuchstaben)	Unterschrift
Stöcker-Heinrichs	CDU	
KÖTTER	INEL	
MÜLLER	SWP/SPD	
C. HANNEBORN	CDU	
Hoffmann	SPD	

**- Bezirksregierung Köln -**

Name (Bitte in Großbuchstaben)	Dezernat	Unterschrift
Klein	A 5	
Förling	Dez 52	
Hönig	"	
Busch	"	
M. P. P.	58	
Hebling	117	
FENSTERMANN	61	
V. Kintzel	62	

**Teilnehmerliste**

**- P r e s s e -**

13. Sitzung des Regionalrates  
des Regierungsbezirkes Köln  
im Hause der Bezirksregierung Köln, Zeughausstr. 2-10,  
Plenarsaal

Name (Bitte in Großbuchstaben)	Vertreter/in der/des (Bitte in Großbuchstaben)	Unterschrift
Finken	Wolfgang Rindler	

<b>Sachgebiet:</b>	<b>Drucksache</b>	<b>Seite</b>
<b>Regionalrat Niederschrift der 13. Sitzung</b>	<b>RR 125/2003</b>	<b>25</b>



FDP im Regionalrat Köln – Wiedstr. 22b – 53859 Niederkassel

## **FDP-Fraktion im Regionalrat Köln**

Rudolf Finke  
Wiedstr. 22 b  
53859 Niederkassel

Tel.: 0228 / 45 33 03

Fax.: 0228 / 45 51 79

E-Mail: [rudolffinke@t-online.de](mailto:rudolffinke@t-online.de)

Internet: [www.fdp-regionalrat-koeln.de](http://www.fdp-regionalrat-koeln.de)

23.5.2003

Betr.: 5. Änderung des GEP TA Region Köln

### **Neudarstellung eines Kraftwerkstandorts in Bergheim-Niederaussem (BoA)**

Einleitung des Erarbeitungsverfahrens durch die Bez.Reg. Köln

Beschlussvorlage Ds RR 79/2003 vom 23.5.2003

### **Stellungnahme**

Die FDP-Fraktion im Regionalrat Köln stimmt der Einleitung des Erarbeitungsverfahrens zur o.a. Änderung des GEP nicht zu.

Aus den bisher vorliegenden Unterlagen der RWE Rheinbraun werden Flächenbedarf und Untersuchungsergebnisse über Alternativstandorte nicht ausreichend klar. Das Gleiche gilt für die Frage einer Verteilung der Kraftwerksanlagen auf mehr als zwei Standorte.

Es fehlen ferner klare Aussagen über die Abfolge und Zeitrahmen der Bauvorhaben der einzelnen Blöcke. Die FDP befürwortet eine Bau-Reihenfolge: BoA2 und BoA3 in Neurath und erst BoA4 in Niederaussem auf dem vorhandenen Betriebsgelände, auf dem Altanlagen zuvor demontiert wurden.

Zu diesen Punkten brauchen wir verbindliche Ausführungen und Zusagen.

Für das weitere Vorgehen unterstützt die FDP die Forderung nach angemessener Einbindung des Arbeitskreises BoA-Planung und die Erarbeitung eines Klimagutachtens durch die Antragstellerin.

  
Rudolf Finke  
Fraktionsvorsitzender

Fraktionsassistent:  
Eberhard Jöde

Lechfeld 25  
53844 Troisdorf

Tel.: 0 22 41 / 9321256  
Fax.: 0 22 41 / 40 48 57  
E-Mail: [joedefmtlog@t-online.de](mailto:joedefmtlog@t-online.de)